

Auf zu neuen Ufern

Plädoyer für den politischen Streik und ein umfassendes Streikrecht im Bildungsbereich

Was soll das denn? – werden sich jetzt sicherlich einige Leser_innen fragen. Warum soll sich die GEW-Hamburg denn mit dem politischen Streik beschäftigen? Wir streiken ja sowieso kaum, also warum sollten wir aus politischen Gründen streiken?

Die Antwort ist so kurz wie einfach: weil es unsere gewerkschaftliche Aufgabe ist.

Leider bedarf diese kurze Antwort einer ausführlicheren Erklärung. Das Thema politischer Streik geistert bereits seit mehreren Jahren durch die gewerkschaftlichen Debatten und taucht immer wieder einmal auf. Nachdem die Industriegewerkschaft „Bauen Agrar Umwelt“ im Jahre 2009 den politischen Streik in ihre Satzung übernommen hat, hat das Thema eine neue Brisanz erlangt und wurde auch im Juni 2013 auf dem Bundesgewerkschaftstag

*Diese Illegalisierungen,
Einengungen,
Einschränkungen
und Verbote stehen
im Widerspruch zu
dem Art. 23 der
allgemeinen Erklärung
der Menschenrechte der
Vereinten Nationen*

der GEW in Düsseldorf intensiv diskutiert. Auch bei der GEW wurde der Versuch gewagt, den politischen Streik in die Satzung zu übernehmen; die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde knapp verfehlt. Dennoch

machte die Debatte im Vorfeld der Abstimmung deutlich, dass das Thema gewerkschaftsintern sowohl Befürworter_innen wie Gegner_innen stark mobilisiert. Diesen Umstand nahmen wir zum Anstoß, das Thema in Hamburg intensiv zu diskutieren. Aus diesem Grund fand im Curio-Haus am 23.09.2013 eine vom gb@ organisierte Veranstaltung zum politischen Streik mit Veit Wilhelmy, einem Verfasser des Wiesbadener Appells, statt. Die Erkenntnisse dieser Veranstaltung und der Wiesbadener Appell sollen durch diesen Artikel einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt und hitzig innerhalb der GEW-Hamburg diskutiert werden.

Wilhelmy formulierte im Wiesbadener Appell, dass die Bundesrepublik Deutschland weltweit das rückständigste und restriktivste Streikrecht (ausgenommen von autokratischen Systemen oder Diktaturen) habe. Neben der Schweiz und Japan ist Deutschland bei Arbeitskämpfen, die auf den Abschluss von tariflichen Regelungen abzielen, der streikärmste Staat. Auch bei anderen Streikformen und deren Häufigkeit gehört Deutschland zu den Schlusslichtern. Von den 27 Staaten der Europäischen Union ist der politische Streik nur in England, Österreich und Deutschland illegalisiert. Ein Verbot ist indes nirgendwo festgeschrieben. Auch mit den Illegalisierungen von Beamtenstreiks, wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der Einengung von Streikmöglichkeiten nur auf tarifvertraglich regelbare Ziele

und den Einschränkungen bei Sympathiestreiks sind Defizite in unserer politischen und wirtschaftlichen Demokratie verankert.

Diese Illegalisierungen, Einengungen, Einschränkungen und Verbote stehen im Widerspruch zu dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen (Menschenrechts- und) Sozialcharta. Insbesondere das Verbot aller Streiks, die nicht auf den Abschluss von Tarifverträgen gerichtet sind, bildet eine schwere Verletzung die-



ser Bestimmungen. Diese Verbote bedrohen unsere Demokratie, da sie als schwere Menschenrechtsverletzung zu qualifizieren sind.

Doch wie können wir diesen unhaltbaren Zustand überwinden? Durch basisgestützte Selbstorganisation innerhalb der Gewerkschaften können die (noch) bremsenden Strukturen der Gewerkschaften überwunden werden. Die Landesverbände, Fach- und Personengruppen müssen Satzungsanträge an Gewerkschaftstage stellen und diese durchsetzen mit dem Ziel ein umfassendes Streikrecht inklusive politischem Streikrecht festzuschreiben.

Außerdem müssen wir als Gewerkschafter_innen selbstbewusste Forderungen an die Politik stellen, um ein umfassendes Streikrecht verfassungsrechtlich zu verankern. Auch werden zukünftig Forderungen bei allen Tarifrunden nach Festschreibung, Sicherung und schrittweisen Verbesserungen von umfassenden Streikrechten in allen Tarifverträgen mittelfristig zum



Foto: privat

Durchbruch führen.

Die Tarifpolitik allein kann eine verfehlte und profitorientierte Politik nicht ausgleichen. Zudem haben wir es immer schwerer, den politisch verursachten Verschlechterungen, die auf die Arbeitnehmer_innen, die Erwerbslosen und weitere große Teile der Bevölkerung Auswirkung haben, zu begegnen.

Die Schärfung und die Ausweitung von umfassenden (Arbeits-)Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer_innen, wie dem politischen Streik, kann die skizzierte Entwicklung zwar nicht aufheben, trägt aber dazu bei, den politischen

und wirtschaftlichen Entscheidungsträger_innen handlungsfähig entgegenzutreten. Außerdem führen (politische) Streiks, wie beispielsweise in Berlin im Frühjahr 2013, Stück für Stück zu größeren Erfolgen der Gewerkschaften und somit können die Mitgliedergewinnung und die Mitgliederbindung der Gewerkschaften nachhaltig verbessert werden.

(Streik-) Recht ist immer Ausdruck von wirtschaftlicher und politischer Macht und Kernaufgabe auch einer (Bildungs-) Gewerkschaft. Streikrechte sind elementare und soziale Menschenrechte, die uns nicht ge-

schenkt werden, sondern die erkämpft werden müssen. Das zeigt sich an der Geschichte der Arbeiter_innen-Bewegung in Deutschland. Wenn wir nicht selbst für unsere Rechte eintreten, brauchen wir nicht auf deren Verbesserung zu hoffen.

Lasst uns gemeinsam für ein umfassendes Streikrecht kämpfen! Ein erster Schritt wäre es, den politischen Streik als Handlungsoption in unserer Satzung festzuschreiben und anschließend Schritt für Schritt das Streikrecht für alle Arbeitnehmer_innen im Bildungsbereich zu verbessern!

JUNGE GEW HAMBURG

Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen

Vom 29.5. – 1.6.2014 findet das 21. Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt.

Im Mittelpunkt werden wieder schulpolitische und für lesbische Lehrerinnen relevante Themen wie z. B. Coming Out, Umgang mit Homophobie und rechtliche Aspekte stehen.

Der europäische Austausch sowie die Kooperation mit Aufklärungsprojekten finden ihre Fortsetzung. Das Treffen bietet den Rahmen, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende Netzwerke zu intensivieren. Alle interessierten Anwärtinnen, Lehrerinnen aller Schulformen und auch nicht mehr im Schuldienst tätige Lehrerinnen sind herzlich eingeladen.

Nähere Informationen und Anmeldung unter: www.waldschoesschen.org

Gefördert von GEW Schleswig Holstein und dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB